



An den
Präsidenten des Nationalrats

Betreff: Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF IX) und zum Technische Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank

Das Bundesgesetz sieht vor, das sich Österreich mit dem Betrag von 24 026 995 EUR am asiatischen Entwicklungsfonds und am Technische Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank beteiligt.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) zählt neben der Weltbank zu den größten multilateralen Entwicklungsbanken. In den letzten Jahren ist sie häufiger Kritik von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen ausgesetzt gewesen für ihre umstrittenen Projekte und Politiken.

Obwohl 1999 Armutsreduzierung als Oberziel festgelegt wurde, kritisieren NGOs unzureichende Änderungen in der Praxis. Nach wie vor wird ein Entwicklungsmodell basierend auf möglichst raschem Wirtschaftswachstum und Marktöffnung propagiert. Während die ADB für sich beansprucht, ein zunehmender Anteil der Projekte und Programme armutsorientiert sei, zeigt eine Sektoranalyse für das Jahr 2003, dass nach wie vor 73% der Mittel für die Hauptsektoren Transport und Kommunikation, Energie und soziale Infrastruktur verwendet wurden, mehr als im Jahr 1999¹, viele davon mit negativen Effekten für die lokal Bevölkerung. Besonders galt die Kritik Großstaudämmen (z.B. Staudammprojekte am Mekong, Theun-Hinboun Hydropower Project in Laos, Bewässerungsprojekte in Pakistan und Sri Lanka sowie Straßenbauprojekte.

Während diese vor allem Mittel- und Oberschichtinteressen zu gute kommen, sind damit vielfach Umsiedlungen und Zerstörung der Lebensgrundlagen Indigener und kleinbäuerlicher Bevölkerungsgruppen verbunden, die vielfach ohne adäquate Entschädigung bleiben.

Einer Studie von Environmental Defense² aus dem Jahr 2003, die Projekte der ADB in den Hauptempfängerländern Indonesien, Pakistan und Sri Lanka analysiert, kommt zu dem Schluss, dass nach den eigenen Standards der Bank bewertet die Mehrheit der Projekte in diesen Ländern nicht langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt beitragen.

Häufige Kritik trifft die fehlende Einbindung der betroffenen in Planung und Umsetzung der Projekte, sowie fehlende Transparenz gegenüber den Betroffenen³.

In jüngster Zeit hat die ADB auf die Kritik mit einer lang erwarteten „Environment Policy“ sowie mit einem verstärkten Beschwerdemechanismus in seiner „Inspection Policy“ geantwortet.

¹Sameer Dossani; ADB and Poverty Reduction: Some Thoughts; Bank Watch Volume III, Dec. 2004

²Stephanie G. Fried, The Asian Development Bank: In its own Words, July 2003

³NGO Asian Development Fund Briefing: ADB and Poverty Reduction; March 2004 Bank Information Centre
www.bicusa.org

Diese Entwicklungen sind zu begrüßen. Dennoch hat sich dies in der Praxis bis jetzt noch als wenig wirkungsvoll erwiesen. Empfehlungen waren schwach, deren Durchsetzung blieb unzureichend, der Prozess sehr langwierig⁴. Weitere Verbesserungen wären nötig. Zu begrüßen ist, dass der Verschuldung durch Kredite durch ein Zuschusselement Rechnung getragen werden soll.

Während Reformschritte in der ADB seitens NGOs und auch der AGEZ begrüßt werden, gibt es nach wie vor einige Bereiche großer Sorge von NGO Seite. Die AGEZ schließt sich daher den Forderungen von NGOs⁵ an:

- Die Rechenschaftspflicht der ADB zu stärken
- Anti-Korruptionsmaßnahmen voranzutreiben
- Sicherstellen von informierter öffentlicher Partizipation der betroffenen Gruppen in Planung, Monitoring und Evaluierung von ADB Projekten zu stärken
- Einhaltung verbindlicher internationaler Sozial- und Umweltstandards zu gewährleisten (darunter auch die Empfehlungen der World Commission of Dams)
- Unabhängige Überprüfung der Einhaltung des Zieles der Armutsreduzierung und Einführung von Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Programme und Projekte der ADB den Ärmsten der Region zu gute kommen

Empfehlung:

Österreich beschließt die Beteiligung an der Wiederauffüllung entsprechend dem Beschluss vom 24. August 2004 im Gouverneursrat ADB.

Die Österreichische Policy gegenüber den Internationalen Finanzinstitutionen, darunter auch der ADB wird dem Parlament und allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht und über die Umsetzung Bericht erstattet.

Österreich setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in Kooperation mit anderen Gebern insb. den Mitgliedern seiner Ländergruppe proaktiv für verbesserte Rechenschaftspflicht, Antikorruptionsmaßnahmen, Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards, unabhängige Überprüfung der armutsreduzierenden Wirkung der Projekte und Programme, Transparenz und Einbeziehung der betroffenen Anspruchsgruppen ein.

Wien, 17.3.2005

AGEZ – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit
Berggasse 7, 1090 Wien
Email: office@agez.at, www.agez.at

⁴ Inspection Policy update: <http://www.forum-adb.org>

⁵ Bank Information Center (BIC), Centre for Organisation Research & Education (CORE)
Environmental Defense, NGO Forum on ADB, Oxfam Community Aid Abroad